

Murten | 17.10.2014

Gemeinderat muss über die Bücher



Eine unterirdische Parkhaus-Variante ausarbeiten, mehr Details zur Finanzierung und den Kosten vorlegen und Begleitmassnahmen definieren: Mit diesem Auftrag hat der Murtner Generalrat das Parkhausprojekt am Mittwochabend zurück an den Gemeinderat geschickt.

Keine weiteren Planungsschritte für das Parkhaus, aber auch kein gänzlicher Übungsabbruch: Das ist das Fazit aus der Generalratsdebatte vom Mittwochabend. Die FDP und die SVP haben mit ihren Stimmen den Planungskredit an den Gemeinderat zurückgewiesen. Dieser muss nun das Parkhausprojekt genauer ausarbeiten, eine zweite, unterirdische Variante zur Auswahl vorlegen und die Begleitmassnahmen überarbeiten.

Antrag der FDP kam durch

FDP-Fraktionspräsident Urs Kramer zeigte sich nach der Debatte erleichtert, dass der Rückweisungsantrag seiner Partei angenommen wurde. «Damit bekommt der Gemeinderat nun Zeit, um die notwendigen Informationen zu beschaffen.» Mit der Rückweisung der Vorlage muss die Exekutive nun detailliertere Baukosten vorlegen. Beim aktuellen Projekt «Prinz von Tarent» sind die Kosten von 14 Millionen Franken zwar bekannt, aber nur mit einer Genauigkeit von rund 20 Prozent. Auch muss der Gemeinderat darlegen, ob das Parkhaus von der Gemeinde oder von einem Investor finanziert und betrieben wird. Und nicht zuletzt soll der Gemeinderat zwei Projekte zur Wahl stellen. «Der Generalrat soll so die Möglichkeit haben, zwischen dem zu einem Drittelfluss oberirdischen Projekt «Prinz von Tarent» und einer zweiten, unterirdischen Variante auszuwählen», so Kramer.

SVP will genauere Kosten

Im Gegensatz zur FDP ist der SVP eine zweite, unterirdische Variante nicht so wichtig, wie SVP-Fraktionspräsidentin Susanne Moser gestern gegenüber den FN sagte: «Wir wollen einfach mehr Informationen zu den Kosten und den finanziellen Folgen für die Stadt Murten.» Die Rückweisung sei deshalb ein vernünftiger Entscheid. Auch vernünftig sei in den letzten Wochen und Monaten die Diskussion unter den Parteien gewesen: «Wir haben uns oft über die Parteigrenzen hinaus ausgetauscht. Auch wenn logischerweise nicht alle der gleichen Meinung sind.»

Für GLP-Fraktionspräsident Martin Leu ist die Rückweisung eine Chance, dass der Gemeinderat in einer zweiten Runde ein mehrheitsfähiges Projekt präsentieren kann: «Für uns liegt der Fokus auf den Begleitmassnahmen. Wir wollen mehr Parkplätze im Stedtli aufheben, als der Gemeinderat vorschlägt.» Denn die geplante Aufhebung von nur 40 Parkfeldern im Stedtli sei zu wenig, um ein neues Parkhaus wirtschaftlich zu führen. Deshalb soll der Gemeinderat genauere Zahlen zur Auslastung und zu den Betriebskosten vorlegen.

Die CVP hingegen will gar nichts von einem neuen Parkhaus wissen. «Das Parkhaus Ost braucht es nicht», sagte CVP-Fraktionspräsident Hugo Wanner. Mit dem Parkhaus entstünden nur 150 Parkplätze mehr. «Auch ohne den teuren Neubau können wir mehr Parkplätze schaffen. Zum Beispiel, indem wir das City-Parking aufstocken.»

Nur die SP hätte Ja gesagt

Einzig die SP bedauert es, dass der Generalrat den Planungskredit für das Projekt «Prinz von Tarent» zurückgewiesen hat. Einem unterirdischen Parking steht Fraktionspräsidentin Chantal Müller skeptisch gegenüber. «Vielleicht stellt es sich der Generalrat zu einfach vor, ein unterirdisches Parkhaus zu bauen.» Das Terrain sei abfallend, und auch bei einem unterirdischen Parkhaus könne man die Oberfläche nicht einfach so gestalten, wie man wolle.

Rückweisung:

Gemeinderat bedauert Entscheid

Mit der Rückweisung des Planungskredites durch den Generalrat liegt der Ball für ein neues Parkhaus nun wieder beim Gemeinderat. Dieser muss das Projekt noch einmal überarbeiten. Nach der Abstimmung ist aber noch nicht klar, wie der Gemeinderat nun vorgehen wird. Eine zentrale Frage ist die Forderung nach einer zweiten, unterirdischen Variante. Dazu sagt

die zuständige Gemeinderätin Ursula Schneider Schüttel: «Wie wir das genau angehen, kann ich im Moment nicht sagen.» Eine Möglichkeit sei, einfach das beste unterirdische Projekt aus dem Wettbewerb vorzulegen. Eine andere Möglichkeit sei ein neuer Projektauftrag, was aber mit entsprechenden Mehrkosten verbunden wäre. Allerdings sind sich die meisten Fraktionen einig, dass der Generalrat den dafür nötigen Kredit bewilligen würde.

Stadtammann Christian Brechbühl ist enttäuscht, dass der Generalrat das Parkhausprojekt zurückgewiesen hat. «Der Gemeinderat ist überzeugt, dass es das beste Projekt für Murten ist», sagte er auch gestern noch. Obschon seine Partei, die FDP, den Stein für die Rückweisung ins Rollen gebracht hat, fühlt er sich nicht hintergangen. «Das ist ein politischer Prozess. Der Gemeinderat muss als Exekutive umsetzen, was der Generalrat verlangt.» tk/hs

Finanzen:

Investitionen

von 44 Millionen

Der Finanzplan der Gemeinde Murten sieht für die nächsten sechs Jahre Ausgaben von 44 Millionen Franken vor. Grosse Brocken sind der Umbau und die Renovation des Schulhauses Längmatt und die Sanierung der Turnhalle mit 17,7 Millionen Franken. Eine weitere grössere Investition ist der Um- und Neubau des Spitals Merlach mit einem Betrag von 3,9 Millionen Franken. Im Finanzplan sind auch 7,7 Millionen Franken für Investitionen im Bereich der Kanalisationen vorgesehen. Zudem fallen für die Sanierung des Hallen- und Strandbades Murten zwei Millionen Franken an.

Parkhaus budgetieren?

Diese Investitionsposten wurden in der Diskussion von keiner Generalratsfraktion infrage gestellt. Einzig der Betrag von drei Millio-

nen Franken für das neue Parkhaus gab Anlass zu Kritik. Das sei ein unnötiger Platzhalter im Finanzplan, sagte etwas FDP-Generalrätin Christine Jakob, weil ja noch nicht klar sei, ob die Stadt oder ein privater Investor ein mögliches Parkhaus bau. Auch CVP-Fraktionschef Hugo Wanner kritisierte den Betrag. SVP-Präsident Fritz Wüthrich plädierte generell für einen haushälterischen Umgang und wies darauf hin, dass mit der geplanten Fusion weitere Investitionen hinzukommen werden. Die Finanzkommission beurteile den Finanzplan als realistisch, so deren Präsident Peter Ryf.

Keine Diskussionen gab es auch bei der Umwandlung des provisorischen A-Kredites für den Umbau des

Primarschulhauses Längmatt, den der Generalrat genehmigte. Der definitive B-Kredit für die erste Etappe sieht Kosten von 6,65 Millionen Franken vor. tk

Autor: Tobias Kilchör und Helene Soltermann